

APOLOGETISCHE BLÄTTER

Mitteilungen des Apologetischen Instituts des Schweizerischen katholischen Volksvereins

Postcheck-Konto VIII 27842

Tel. 85458

Zürich / Auf der Mauer 13

Preis vierteljährlich Fr.2.- Erscheint zweimal monatlich, 12-14 seitig
Nachdruck mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr.10 (Zweite Mainummer)

24. Mai 1943

7. Jahrgang

I n h a l t

Denkschrift der Fuldaer Bischofskonferenz über die Deutschland angegliederten Gebiete	S.111
Das Schicksal bisheriger Denkschriften - Die Knechtung der Gewissensfreiheit baut einen Wall von Hass und Erbitterung rings um Deutschland - Elsass-Lothringen - Luxemburg - Die Deutschen in den Ostgebieten - Im Warthegau entrechtete kath. Kirche - Jugoslawisches Grenzland - Man kann nicht ein neues Europa aufbauen und gleichzeitig das Christentum vernichten wollen.	
Bolschewistische Gefahr	S.115
Verschiedene Meinungen im Ausland - Der russische Propagandaminister spricht - Lenins Vermächtnis - und Stalin? Die russische Revolution keine Exportware - das spanische Exempel - Bewegungen ändern ihre Ziele nicht - Ein Roman: Ilja Ehrenbergs - Ein Beispiel aus der Schweiz - Die Auflösung der Internationale.	
Die Religion in Russland	S.119
Die Tatsachen	S.119
Sowjetrussische Darstellung der religiösen Lage in Russland	S.120
Ein reiner Propagandatrick?	S.123
Eine mittlere Lösung	S.123

D e n k s c h r i f t

der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten der Diözesen Deutschlands, eingereicht am 18. Dezember 1942.

Vorbemerkung der Redaktion: Kürzlich haben verschiedene Zeitungen eine kurze Inhaltsangabe des Protestes der deutschen Bischöfe an die Reichsregierung vom Dezember letzten Jahres gebracht. Es dürfte unsere Leser interessieren, den ganzen Text so wie ihn amerikanische Zeitungen publiziert haben, im Wortlaut zu vernehmen. Im übrigen bestätigt der Bericht die von uns bereits gemachten Ausführungen über den deutschen Teil Jugoslawiens (s. "Apolog.Blätter" Nr.3, 7.2.42) und fügt unsern Polenartikeln wertvolle Ergänzungen, vielleicht auch Berichtigungen hinzu.

"Die in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten deutschen Bischöfe haben schon des öfters der Reichsregierung ihre ernstliche Beschwerde über Massnahmen von Partei- und Regierungsstellen, die

sich gegen Kirche und Christentum richten, vorgetragen. Sie haben im vergangenen Jahre der Reichsregierung eine Denkschrift überreicht, die in vielen Einzelheiten das den gesetzlichen Bestimmungen und Versprechungen der Regierung zuwiderlaufende Vorgehen mancher Regierungs- und Parteistellen gegen Priester und Gläubige, sowie gegen die Seelsorgsarbeit und die Einrichtungen der Kirche zeigte.

Wir haben nicht nur aus religiösem Interesse, sondern auch aus Liebe zum Vaterland um Abhilfe gebeten. Die Reichsregierung hat uns keine Antwort gegeben. Die beklagten Misstände dauern weiter an, ja haben sich teilweise noch verschlimmert.

Daher ist umso dringender unsere Bitte und Forderung, dass den in unserer Denkschrift vom 10. Dezember 1941 beklagten, die Rechte der Kirche und das kirchliche Leben tief schädigenden Massnahmen Abhilfe geschaffen werde.

Dieses unser Verlangen erstreckt sich - und das ist der Anlass dieser neuen Eingabe - mit derselben Eindringlichkeit auf die Lebensinteressen der katholischen Kirche und die freie Religionsausübung der katholischen Christen in den neu zu Deutschland gekommenen Gebieten. Die religiösen Lebensinteressen der Katholiken dieser Gebiete sind uns nicht fremd, da wir durch Christentum und deutsches Volkstum aufs innigste mit den dortigen Katholiken verbunden sind, auch die Besorgnis nicht abzuweisen ist, dass die in den neuen Gebieten geschaffenen Misstände nicht einflusslos auf das kirchliche Leben im Altreich bleiben; auch ist in lieber Erinnerung, dass die Diözesen derselben jahrzehntlang auf unseren gemeinsamen Bischofskonferenzen mit allen ihren kirchlichen Sorgen mit uns vereint waren.

Wir können uns nicht der grossen Not dieser deutschen Menschen verschliessen und müssen unsere Stimme erheben auch um des Ansehens des deutschen Namens willen. Die gegnerische Propaganda hat seit der Machtübernahme durch die NSDAP. immer wieder gerade die antireligiösen Reden und Massnahmen von Parteistellen zum willkommenen Anlass genommen zur Hetze gegen Deutschland und seine Führung. Umso unverständlicher ist es, dass jetzt mitten in diesem schweren Krieg nicht nur dieser Propaganda neue Nahrung gegeben wird, sondern auch deutsche Menschen, die mit grossem Vertrauen und mit hochgespannter Erwartung zum Reich gekommen sind, in tiefster Seele verbittert und von Deutschland abgedrängt werden. Rings um Deutschland herum baut sich in allen besetzten Gebieten ein Wall von Erbitterung und Feindschaft auf, der zum guten Teil entstanden ist durch die rücksichtslosen Eingriffe der deutschen Partei- und Zivilverwaltungsbehörden in die Gewissensfreiheit und das Glaubensleben der Bevölkerung. Wenn es uns auch nicht möglich ist, wir vielmehr durch die Erschwerung persönlicher Erhebungen an Ort und Stelle behindert sind, alles Tatsächliche, das in diesem Schriftstück erwähnt wird, im einzelnen nachzuprüfen, so erscheinen doch die Berichte, auf die unsere Klagen sich stützen, so durchaus glaubwürdig, dass wir den Vorwurf leichtfertiger Aufnahme derselben nicht zu fürchten brauchen, zumal den staatlichen Behörden die Nachprüfung leicht möglich ist und es sich zum grössten Teil um ganz augenscheinliche, weithin als notorisch zu bezeichnende Vorkommnisse handelt.

Wir verweisen vor allem auf das nach 20jähriger Fremdherrschaft zum Reich zurückgekehrte E l s a s s - L o t h r i n g e n. Die Bevölkerung hat im Mai 1940 die einrückenden deutschen Truppen mit grosser Begeisterung aufgenommen, weil sie deutsch dachte, deutsch fühlte und von der deutschen Verwaltung mehr Gerechtigkeit erwartete als von der französischen. Die deutsche Verwaltung hat aber die antikirchlichen Gesetze, welche die französische Regierung im Jahre 1919 aus Innerfrankreich nicht auf Elsass-Lothringen zu übertragen wagte, in viel rigoroserer Form durchgeführt. Wir wollen nicht Einzelheiten anführen, die der Regierung viel besser bekannt sind als uns. Aber solche einschneidende, rücksichtslos durchgeführte Massnahmen wie z.B. die Ausweisung von rund 50 % aller Seelsorgspriester der Diözese Metz, die Auflösung aller kirchlichen Organisationen, Kongregationen, Stiftungen und die Einziehung des Vermögens selbst der caritativen Stiftungen, die Beschlagnahme der Häuser der männlichen Orden sowie der beschaulichen weiblichen Orden oder die

Enteignung der gesamten im kirchlichen oder klösterlichen Eigentum stehenden Krankenanstalten, Erziehungs- und Altersheime, und ihre Ueberführung in städtischen oder staatlichen Besitz hat das im tiefsten religiöse lothringische Volk in seiner Liebe zum deutschen Vaterland empfindlichst getroffen.

Noch schlimmer ist die feindselige Abiehnung alles Deutschen, die in Luxemburg grossgezogen worden ist. Auch die Luxemburger Bevölkerung hat die deutschen Truppen freundlich aufgenommen, und diese gute Stimmung wäre erhalten geblieben, wenn die deutsche Zivilverwaltung taktvoll das eigenständige religiöse und kulturelle Leben geschont hätte. So aber haben die rücksichtslos durchgeführten Klösteraufhebungen und die scharfen Massnahmen zur Unterbindung der Seelsorgsarbeit des Klerus und der religiösen Betätigung der Gläubigen, die zahlreichen Landesverweisungen von Geistlichen und Ordensleuten und die Unterbringung zahlreicher angesehenen Luxemburger Bürger in Konzentrationslagern, die des Öftern schon bald den Tod des Eingelieferten zur Folge hatte, uns die Liebe der Luxemburger entfremdet.

Noch trostloser als im Westen ist die religiöse Lage in den neu angegliederten Ostgebieten. Mit Entsetzen und Empörung berichten zahlreiche dorthin umgesiedelte oder als Beamte dorthin versetzte Reichsdeutsche von der Behandlung der dortigen Bevölkerung durch die Verwaltungs- und Polizeidienststellen und von der daraus sich ergebenden Lage für die katholische Kirche. Bis auf ganz wenige Gotteshäuser sind alle Kirchen in den Diözesen Posen und Litzmannstadt dem gottesdienstlichen Gebrauch entzogen und zu profanen Zwecken benutzt oder amtlich versiegelt worden. Zum Teil sind sie Lagerräume irgendwelcher Art. Eine Kirche in Posen ist zur Reitschule herabgewürdigt worden. In sehr grosser Zahl sind die Kirchen ihrer Kultgeräte, der Altarwäsche, Messgewänder beraubt; die Inneneinrichtung ist zerstört worden. Häufig sind die Tabernakel erbrochen und das Allerheiligste Sakrament in gemeinster Weise geschändet worden. Man hat dabei nicht einmal die Kirchen volksdeutscher Gemeinden geschont. Wir verweisen auf die empörenden Vorfälle, die sich laut eingegangenen Berichten bei der Plünderung und Schändung der volksdeutschen Pfarrkirchen z.B. in Lissa, Samter, Tiefenbach (Kreis Schrimm) und Reisen im November 1941 zugetragen haben. Im Bereich der Diözese Litzmannstadt sind fast alle Kreuze und Heiligenbilder an öffentlichen Wegen und Strassen zerstört worden. Von der Bevölkerung kann alles das nur aufgefasst werden als der Ausdruck eines sinnlosen, gegen alles Christliche gerichteten Hasses.

Eine geordnete Seelsorge ist im ganzen Warthegau nicht mehr möglich. Fast die gesamte polnische Geistlichkeit der Diözesen Posen und Litzmannstadt ist festgenommen und in Konzentrationslager oder in das Gouvernement geschafft worden. Selbst solche Geistliche traf dieses Schicksal, die unter der polnischen Herrschaft sich für die deutsche Bevölkerung eingesetzt und für sie Gottesdienst in deutscher Sprache gehalten hatten.

Es bedeutet für die deutschen Katholiken eine bittere Enttäuschung, dass auch solchen polnischen Geistlichen, die sich den Volksdeutschen gegenüber durchaus entgegenkommend gezeigt hatten, jede weitere Tätigkeit untersagt und unmöglich gemacht wurde. Immer wieder hören wir von den Volksdeutschen die Klage, dass ihnen von deutschen Staatsstellen das genommen worden sei, worum sie in dem ehemaligen polnischen Staate so sehr gekämpft hätten und dass sie heute nicht einmal die Rechte zugebilligt erhielten, die ihnen selbst von den Polen eingeräumt worden seien. Auch die Bitte der Volksdeutschen, dann doch wenigstens reichsdeutsche katholische Priester zur Seelsorge im Warthegau zuzulassen, ist fast gar nicht gewährt worden. Die katholische Kirche ist im Warthegau völlig rechtlos, denn selbst die wenigen deutschen Pfarrer, die dort für die Seelsorge übrigblieben, mussten sich die entwürdigende Vorschrift des Reichsstatthalters vom 27.5.1941 gefallen lassen, dass Gottesdienste nur mit Genehmigung der zuständigen Staatspolizeistellen gehalten werden dürfen. Praktisch hat für den ganzen Warthegau die Staatspolizei auch für den inneren Bereich die Verwaltung der Kirchen übernommen. Alle

staatlichen Verordnungen und Verfügungen, welche die Kirche betreffen, werden den Geistlichen durch die Geheime Staatspolizei zugestellt. Dies wird von diesen Geistlichen mit Recht als schwer kränkendes Misstrauen empfunden, zumal diese Priester jahrelang unter nicht geringen Opfern die seelsorgliche Betreuung ihrer deutschen Landsleute ausgeübt und durch ihre Arbeit mitgeholfen haben, den durch die Polenisierungsbestrebungen gefährdeten deutschen Katholiken ihr deutsches Volkstum zu erhalten. Verschiedene von ihnen waren deswegen interniert und haben den Internierungsmarsch nach Kutno mitmachen müssen. Jetzt aber werden diese Männer wie Staatsfeinde behandelt und unter Staatspolizeiaufsicht gestellt.

Es würde zu weit führen, auch nur in Umrissen ein Bild von der Lage der Kirche im Warthogau und der Behandlung gläubiger Christen zu zeichnen. Eine genauere Prüfung aller für die Existenz der katholischen Kirche und das kirchliche Leben im Wartholande verhängnisvollen Massnahmen und der Auswirkung derselben würde uns nur möglich sein, wenn unparteiische Beobachter die Gemeinden des Warthogaus bereisen und ebenso offen wie gewissenhaft treu über alles Erlebte berichten dürften, was, wenn wir recht unterrichtet sind, nicht einmal der päpstlichen Nuntiatur oder zuverlässigen katholischen Laien gestattet wird. Es ist ganz unverständlich, dass die Parteiinstanzen und staatlichen Polizeiverwaltungen im Warthogau sich bei der Lösung ihrer Organisationsaufgaben mit dem Vorwurf einer offenen Religionsfeindschaft belasten. Ihre höchste Aufgabe müsste doch offenbar sein, die Volksgenossen zum Reiche hinzuerziehen und von den dortigen Siedlern alle Unzufriedenheit fernzuhalten; statt dessen treiben sie diese Menschen in die grösste Gewissensnot und drängen sie von Deutschland ab.

Ahnlich ist die religiöse Lage in den Gebieten, die nach 20jähriger Zugehörigkeit zu Jugoslawien zum Reich zurückgekehrt sind. Auch dort sind fast alle Geistlichen und Ordensleute völlig mittellos nach dem von Italienern besetzten Unterkrain oder nach Kroatien abgeschoben oder ins Konzentrationslager gebracht worden. Am 10. Juli 1941 wurde das gesamte Kirchenvermögen beschlagnahmt, auch soweit es stiftungsmässig belastet war. Diese Behandlung der tiefgläubigen und religiös eifrigen Slowenen hat die Begeisterung für Deutschland, die nach dem Urteil von Kennern des Landes bei 90 % der Bevölkerung vorhanden war, in Deutschenhass umschlagen lassen. Dazu trug auch noch besonders bei die Aussiedlung zahlreicher Slowenen, wie auch ihre Unterbringung in Konzentrationslagern. So ist es dort zum Bandenkrieg gekommen, der wieder blutige Gegenmassnahmen ausgelöst hat, die auch den noch ruhigen Teil der Bevölkerung in Verzweiflung treiben.

Es ist eine Erfahrung, die zu allen Zeiten der Weltgeschichte gemacht worden ist, dass nichts aufreizender wirkt, nichts gewaltigere Verbitterung und glühendere Feindschaft weckt, als wenn ein Siegervolk dem Besiegten die Religion zu nehmen versucht ist.

In ernster Sorge um das Ansehen und das Wohl des Vaterlandes und in tiefer Verantwortung für die Glaubensbrüder in den besetzten Gebieten bitten wir die Reichsregierung inständig, der hoffnungslosen antireligiösen Agitation von Parteistellen und den politisch unklugen und aller Menschlichkeit hohnsprechenden Vernichtungsmassnahmen gegen Kirche und Christentum Einhalt zu gebieten. Man kann nicht arbeitsfrohe und lebensstüchtige Menschen für Deutschland gewinnen und ihnen gleichzeitig das Glück ihres Herzens und die Quelle ihrer Kraft zerstören wollen. Man kann nicht ein neues und schöneres Europa aufbauen und gleichzeitig das Christentum vernichten wollen. Das Abendland ist mit dem Christentum unzertrennlich verbunden. Zerstört man das Christentum, so wird man niemals einen wirklichen Ersatz dafür schaffen können.

Wir bitten und beschwören daher die Reichsregierung in dieser ersten Stunde, da es gilt, alle Kraft zum Wohle des Vaterlandes zu sammeln, die Weisung zu geben, dass von den kirchenfeindlichen Massnahmen endlich Abstand genommen wird.

Breslau, den 18. Dezember 1942.

Namens der in der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten
Oberhirten der Diözesen Deutschlands.

gez. A. Kardinal Bertram, Erzbischof von Breslau.

Anmerkung:

Expediert mit besonderem Uebersendungs-Begleitschreiben an Herrn Reichsminister für die kirchl. Angelegenheiten, an Herrn Reichsminister des Innern und an Herrn Chef der Reichskanzlei am 18. Dezember 1942.

Bolschewistische Gefahr?

Russland leistet seit bald zwei Jahren dem deutschen Angreifer einen heldenmütigen und stets erfolgreichen Widerstand. Dass das Land technisch zu diesem Widerstand fähig ist, verdankt es in erster Linie dem Sowjetregime. Dass es militärisch so leistungsfähig ist, verdankt es weitgehend dem Sowjetregime. Das Regime hat den industriellen Um- und Aufbau geleistet und die Rote Armee reorganisiert. Der Geist, welcher den russischen Widerstand beseelt, ist aber keineswegs der Marxismus. Anhand von T a t s a c h e n, die wir in einem Artikel dieser Blätter (siehe Nr. 9 S. 105 f.) sprechen liessen, haben wir das festgestellt.

Die Frage nach der bolschewistischen Gefahr kann deshalb auch nicht bedeuten, ob das russische V o l k Europa und die Welt bolschewistisch bedroht. Die Frage bleibt aber, ob das bolschewistische R e g i m e, ob S t a l i n die Weltrevolution fördern und wie weit er zu ihrer Förderung mithelfen will. Wir kennen in diesem Punkt die deutsche Meinung, die ihren Krieg als ein Zuvorkommen des russischen revolutionären Angriffskrieges und deshalb als einen Kreuzzug gegen den Bolschewismus hinstellt. Wir wissen auch, dass die angelsächsische Auffassung geteilt ist in eine optimistische und pessimistische Richtung. Die optimistische Richtung hält fest, dass Sowjetrussland durch den anglo-russischen Bündnisvertrag vom 26. Mai 1942 offiziell und definitiv auf jeden Weltrevolutionsplan verzichtet habe. Die Partner haben sich nämlich nach Artikel 5 dieses Vertrages geeinigt, keine Gebietserweiterung zu erstreben und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Desgleichen ist Russland ja nachträglich auch der Atlantik-Charta beigetreten, welche die gleichen Bestimmungen festlegt (in Art. 1). Die pessimistische Richtung rechnet mit möglichen Weltrevolutionsbestrebungen des sowjetrussischen Regimes. Mehrheitlich glaubt sie aber nicht, dass es tatsächlich zu einer solchen Gefahr kommen werde. Russland, so meinen diese Kreise, wird nach dem jetzigen Krieg militärisch sehr geschwächt sein, auf jeden Fall geschwächer als England und Amerika. Russland wird auch, so meinen sie weiter, eine sehr schlechte Ernährungslage haben nach dem Krieg und vor allem auf die Einfuhr von Weizen aus Amerika angewiesen sein. Es wird sich also, wohl oder übel, nach dem Willen Englands und Amerikas richten müssen.

* * *

Die Frage ist: Was will R u s s l a n d, d. h. was will sein kommunistisches Regime? - Die Antwort darauf können wir uns aus Sowjetschriften holen, welche der Erziehung und Meinungsbildung der Kommunistischen Partei Russlands gewidmet sind. E. Jaroslawski, der immer als geistiger Bildner der russischen Kommunisten aufgetreten ist und heute so etwas wie die Rolle eines Propagandaministers in Russland hat, gab im Moskauer Parteiverlag 1935 eine Schrift heraus, die ein Jahr darauf im Verlag der ausländischen Arbeiter in der UdSSR deutsch erschienen ist mit dem Titel: "Was fordert die Partei vom Kommunisten?" Das letzte Kapitel dieser Schrift gilt der "internationalen Erziehung des Kommunisten". Da lesen wir S. 118:

"Notwendig ist, sich selbst zu dem Bewusstsein zu erziehen der internationalen Vorphpflichtungen gegenüber dem Proletariat, den Werktätigen in allen Ländern der Welt.

Auf der Beratung der Wirtschaftler sprach Genosse Stalin über unsere technische Rückständigkeit. Wir müssen die vorgeschrittenen kapitalistischen Länder in technischer und wirtschaftlicher Beziehung um jeden Preis einholen und überholen. Genosse Stalin führte damals aus: 'Wir sind hinter den vorgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Strecke in 10 Jahren durchlaufen. Entweder bringen wir das zustande, oder wir werden zermalmt. Das wird uns von unseren Vorphpflichtungen diktiert, die wir den Arbeitern und Bauern der Sowjetunion gegenüber haben' (Stalin, Probleme des Leninismus, II. Folge, S.429).

Der erste Fünfjahrplan hat uns die Möglichkeit gegeben, auf diesem Gebiet sehr viel zu leisten. Noch mehr müssen wir im zweiten Fünfjahrplan schaffen. Aber das ist noch nicht alles.

'Wir haben aber noch andere, ernstere und wichtigere Verpflichtungen. Das sind die Verpflichtungen dem Weltproletariat gegenüber. Sie fallen mit den Verpflichtungen der ersten Art zusammen. Wir stellen sie jedoch auf eine höhere Stufe. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion ist ein Teil der Arbeiterklasse der Welt. Wir haben nicht nur dank den Anstrengungen der Arbeiterklasse der Sowjetunion, sondern auch dank der Unterstützung der internationalen Arbeiterklasse gesiegt. Ohne diese Unterstützung hätte man uns längst erledigt. Man sagt, dass unser Land die Stossbrigade des Proletariats aller Länder ist. Das ist gut gesagt. Dadurch werden uns jedoch allerernsteste Pflichten auferlegt. Weshalb unterstützt uns das internationale Proletariat, wodurch haben wir diese Unterstützung verdient? Dadurch, dass wir uns als erste in den Kampf gegen den Kapitalismus stürzten, als erste die Arbeitermacht errichteten und als erste den Sozialismus aufzubauen begonnen haben. Dadurch, dass wir ein Werk vollbringen, das im Falle des Erfolges die ganze Welt umwälzen und die gesamte Arbeiterklasse befreien wird. Was aber ist erforderlich zum Erfolg? Liquidierung unserer Rückständigkeit, Entwicklung eines hohen bolschewistischen Aufbautempos. Wir müssen uns in einem solchen Tempo vorwärtsbewegen, dass die Arbeiterklasse der ganzen Welt, die auf uns blickt, sagen kann: Hier ist sie, meine Vorhut, hier ist sie, meine Stossbrigade, hier ist sie, meine Arbeitermacht, hier ist es, mein Vaterland, - sie machen ihre Sache, unsere Sache, gut, unterstützen wir sie gegen die Kapitalisten und entfachen wir die Weltrevolution'" (Ebenda, S.429).

Bis wenige Wochen vor Beginn dieses Krieges wurde in zahlreichen kommunistischen Schriften der Sowjetunion und im Ausland ein anderes Wort Stalins immer wieder wiederholt, das er in seiner Rede in der Trauersitzung des II. Rätekongresses der UdSSR am 26. Januar 1924 gesprochen hat:

"Lenin betrachtete niemals die Sowjetrepublik als Selbstzweck. Er betrachtete sie immer als notwendiges Kettenglied zur Verstärkung der revolutionären Bewegung in den Ländern des Westens und Ostens, als notwendiges Kettenglied zur Erleichterung des Sieges der Werktätigen der ganzen Welt über das Kapital. Lenin wusste, dass nur eine solche Auffassung richtig ist, nicht nur vom internationalen Standpunkt, sondern auch gerade vom Standpunkt des Schutzes der Sowjetrepublik. Lenin wusste, dass es nur auf diesem Wege möglich ist, die Herzen der Werktätigen der ganzen Welt zu den entscheidenden Kämpfen für die Befreiung zu entfachen. Deswegen legte er, der genialste unter den genialen Führern des Proletariats, schon am andern Tag nach der Errichtung der proletarischen Diktatur das Fundament zur Arbeiterinternationale. Deswegen verbreiterte und festigte er unermüdlich das Bündnis der Werktätigen der ganzen Welt - die Kommunistische Internationale" (Stalin, Ueber Lenin, S.7/8).

Diese Trauerrede schloss Stalin:

"Als Genosse Lenin von uns schied, hinterliess er uns das Vermächtnis, den Grundsätzen der Kommunistischen Internationale treu zu bleiben. Wir schwören dir, Genosse Lenin, dass wir nicht unser Leben schonen werden, um das Bündnis der Werktätigen der ganzen Welt - die Kommunistische Internationale - zu festigen und zu verbreitern" (Ebenda, S. 8).

Aus dem Gesagten geht hervor, dass Stalin und die Kommunistische Partei Russlands durch ihr eigenes B e i s p i e l die revolutionäre Bewegung in der Welt verstärken, deren Sieg erleichtern und die Herzen zum Revolutionskampf entfachen wollen. Bis zur Stunde ist die Kommunistische Internationale in Moskau das Werkzeug der Zusammenfassung und Leitung der Kommunistischen Bewegungen aller Länder. Noch am 20. Februar d.J. hat Stalin ein Telegramm des Generalsekretärs der Kommunistischen Internationale, G. Dimitrow, zum Jahrestag der Roten Armee erwidert und der Komintern "seinen Dank und seine brüderlichen Grüsse" entboten.

Wir können das Gesagte so zusammenfassen, dass für den Kommunismus in der Welt die Sowjetunion die grosse Stütze und Hoffnung ist und dass das russische Regime das Bewusstsein seiner m o r a l i s c h e n Sendung für den Weltkommunismus hegt und pflegt.

* * *

Wie w e i t reicht aber diese russische Arbeit für die Unterstützung des Weltkommunismus? Zu dieser Frage liegen zwei sowjetrussische Erklärungen vor.

Im Radio Moskau wurde am 27. Juni 1941 in englischer Sprache erklärt, die UdSSR habe noch nie die Revolution in andern Ländern geschürt. Das Ziel der Sowjetunion sei, den Nazismus zu bekämpfen und nicht den Kapitalismus. Im März 1936 habe Stalin dem amerikanischen Journalisten Roy Howard die Erklärung abgegeben: "Unsere Absicht ist nicht die Ausfuhr der Revolution".

Wieder im Oktober 1942 hat Jaroslawski in der "Prawda", dem offiziellen Organ der Kommunistischen Partei, erklärt, Moskau beabsichtige nicht, dem Ausland den Kommunismus aufzuzwingen: "Wir haben niemals jemandem das soziale System, zu dem wir gelangt sind, aufgezwungen, wir zwingen es heute niemandem auf, und wir werden es niemand mit Gewalt aufzwingen".

Was heisst das aber, Russland hat nicht die Absicht, die Revolution auszuführen, und Russland will dem Ausland den Kommunismus nicht aufzwingen? Heisst das, dass die Sowjetunion n u r mit dem eigenen Beispiel und dem eigenen Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung andern moralischer Ansporn sein will? Geschah und geschieht wirklich nicht mehr?

Wir haben in den "Apologetischen Blättern" vom 18. August 1939 (S. 12/13) einen Brief des spanischen Linksozialisten Luiz de Araquistain vom 1. Januar 1939 an den Amerikaner Norman Thomas veröffentlicht. Araquistain schreibt, die Waffenlieferungen der Sowjetunion sowie die Organisierung der Internationalen Brigaden hätten anfänglich für die spanische Republik ihre Bedeutung gehabt. Die Popularität der spanischen Kommunisten habe sich so sehr gesteigert, dass die Sozialdemokratie vorübergehend an eine Verschmelzung mit ihnen gedacht habe. Aber allmählich habe man erkennen müssen, dass die Kommunisten von einer einzigen fixen Idee besessen waren: alles sich zu unterwerfen und sich auf dem Wege über die Staatsmacht zur einzigen Partei aufzuschwingen. Araquistain weist darauf hin, wiesehr der Druck Russlands hinter den Kommunisten der Sache des republikanischen Spaniens geschadet habe. Auf russischen Druck hin sei die Regierung Caballero gestürzt worden und ebenso der Minister für Landesverteidigung, Indalcio Prieto. Araquistain schreibt wörtlich:

"Etwas, was noch kein Staat im Vollbesitz seiner Souveränität jemals geduldet hätte, war der Anspruch eines anderen Staates, innerhalb der Grenzen seines Gebietes und innerhalb des Rahmens seiner politischen

Verfassung aktiv aufzutreten, noch weniger hat es ein vollsouveräner Staat je geduldet, dass eine von einem andern aufgezoogene Partei, die in Wirklichkeit eine wahre Okkupationsarmee darstellt, zu seiner Zersetzung von innen her verwendet wird".

Nach den Aussagen Araquistains hat Russland sein ganzes Gewicht dafür eingesetzt, dass im spanischen Bürgerkrieg die dortige Kommunistische Partei zur Alleinherrschaft und zur Aufrichtung eines spanischen Sowjetregimes kommen möchte. Das nämliche wird auch von anderer Seite bezeugt, wie man in dem Artikel von Mathias Merker "Stalins Hand in Spanien" in der religiös-sozialen Wochenschrift "Der Aufbau", 23. und 30. Juni 1939 nachlesen kann.

Weiter sei hier daran erinnert, dass schon vor dem Krieg, und zwar schon im Mai 1939, sehr angesehene Schweizer Journalisten den Gedanken erwogen, ob nicht Sowjetrussland an einem Weltkrieg das grösste Interesse haben könnte, weil, da die Hoffnungen auf die innere Zersetzung der "kapitalistischen" Staaten durch den Kommunismus geschwunden seien, erst in einem durch einen neuen Krieg hervorgerufenen europäischen Chaos die kommunistische Weltrevolution wieder Aussichten hätte. "Der Bund" hat damals (Ausgabe vom 14. Mai 1939) sogar angebliche Stalinworte aus dem Jahre 1938 zitiert:

"Die Wiederaufnahme der revolutionären Aktion auf genügend breiter Grundlage wird nur möglich sein, wenn es uns gelingt, die bestehenden Widersprüche zwischen den kapitalistischen Staaten auszunützen, um sie in einen bewaffneten Konflikt zu stürzen. Die Lehre von Marx-Engels-Lenin zeigt uns, dass jeder wirklich verallgemeinerte Krieg automatisch mit der Revolution enden muss. Die wesentliche Arbeit unserer Parteigenossen im Ausland besteht also darin, die Provokation eines solchen Konflikts zu erleichtern."

Noch ein Hinweis auf einen Vorgang neueren Datums. Anfangs Dezember 1942 meldete das englische Radio, in einigen italienischen Städten fasse eine neue organisierte sozialistische Bewegung Fuss und gewinne Anhang mit ihrer Propaganda gegen den Krieg. Wenige Tage darauf meldet Radio Moskau das gleiche, aber mit der Hinzufügung, die sozialistische Arbeit sei erfolgreich geleitet von einem ausländischen Zentrum in der Schweiz. Was für ein Interesse, muss man da doch fragen, hat Radio Moskau, dieses Zentrum zu denunziieren? Denn man kann es sich an den Fingern abzählen, dass daraufhin die schweizerischen Behörden mit Rücksicht auf die Neutralität des Landes dieses "Zentrum" ausfindig und unschädlich zu machen wussten. Man sollte meinen, auch Russland könne sich nur freuen, wenn ein italienisches sozialistisches Zentrum den Faschismus und den faschistischen Krieg bekämpfen hilft. Es scheint Russland gegebenenfalls aber lieber zu sein, dass eine sozialistische Organisation nicht arbeitet, als dass sie den kommunistischen Genossen Konkurrenz macht.

Schliesslich noch ein Hinweis auf den "zuschlagenden Bolschewismus" in des sowjetrussischen Schriftstellers Ilja Ehrenburgs Buch: "Trust für die Zerstörung Europas". Ehrenburg malt das Bild von zehn Meter hohen Panzern, die in Berlin "unbarmherzig Männer, Frauen und Kinder zermalmen".. "In Kopenhagen gibt es keinen Ueberlebenden. In Stockholm wird es so still wie im Paradies. Während die Gaswolken sich auf Paris senken, flieht die Bevölkerung in die Untergrundbahn. Aber alles umsonst! Der Bolschewismus schlägt zu. Paris und ganz Frankreich krepieren".. -

* * *

Manche meinen, die revolutionäre Politik des Sowjetregimes sei nicht mehr ohrlich. Dem Regime sei es nur noch darum zu tun, die Kommunistischen Parteien und deren Internationale in den Dienst der nationalen russischen Politik zu stellen. Das kann möglich sein. Aber doch wohl nur in dem Fall, dass die Politik des Regimes mehr geschoben - vom eigenen nationalen Bewusstsein des Volkes und von den Zeitnotwendigkeiten - als gewollt ist.

ihre Ueberzeugung vertreten. Aus diesem Grunde seien z.B. "die Anhänger Tolstojs, obwohl sie als gefährlichste Widersacher des kämpfenden Atheismus gelten, weil sie eine ihrem Wunschbild mehr oder weniger entsprechende Lebensführung aufweisen", von den Behörden weniger "belästigt" worden als andere christliche Gruppen. Im Gegensatz dazu sei die orthodoxe Kirche durch das Sowjetregime von vornherein als "Propagandastelle" eines politisch feindlichen Systems, als eine "schlecht getarnte" Sektion des verhasstesten Zivildienstes betrachtet worden. Auch habe der "offizielle Atheismus" als unmittelbare Rückwirkung "nicht die Einführung einer von den Volksmassen vorbehaltlos übernommenen neuen Lebensphilosophie zur Folge gehabt, sondern eine Welle des Antikonformismus ausgesprochen antiklerikaler Prägung".

In diesem Zusammenhang, so wird weiter erklärt, gelte es, zweierlei zu unterscheiden: 1) das Bestreben der Regierung, die Volksmassen einem ihren Zielstreben feindlich gesinnten Einfluss zu entziehen (was umso hartnäckiger geschah, als die Regierenden mit einer geschlossenen Weltanschauung an diese Aufgabe herangingen) und 2) die antiklerikale Massenreaktion. Das durch die Sowjets angewandte Hauptkampfmittel war "die Trennung von Kirche und Staat". In einem Lande, wo "die Kirche dem Laizismus besonders entgegenstand", kam "diese Reform einer fundamentalen Umwälzung" gleich. Nach dem Bürgerkrieg, "als die Hoffnung einer Gegenrevolution zunichte geworden war", habe der Klerus "die einzige für die Kirche günstige Haltung eingenommen": Er "unterzog sich einer Reform (Austeilung der Sakramente umsonst, Erneuerung des Predigtamtes, Enthaltung von aller politischen Tätigkeit). Damit sei der Hauptvorwurf gegen die Kirche, nämlich "ihre enge Verknüpfung mit den Geldmächten und ihr Einsatz für sie" hinfällig geworden. Die Freiheit des Gottesdienstes wie auch die Freiheit der antireligiösen Propaganda seien in der Verfassung verbrieft. Beide würden gewahrt, die Freiheit des Gottesdienstes mehr noch als die der antireligiösen Propaganda. Diese werde ja auch in andern Ländern garantiert. "Der Unterschied zwischen jenen Ländern und der UdSSR liege lediglich in der Unterstützung, welche ihr von den Sowjetbehörden zuteil wird".

Denen, die am Sowjetregime herumnörgeln, "weil es das Privateigentum aufgehoben habe", wird die Antwort zuteil, dass es sich dabei "ausschliesslich um den Privatbesitz der wichtigsten Produktionsmittel" handle. "Wenn z.B. der Beveridge-Plan (so wird in diesem Zusammenhang weiter begründet) einmal verwirklicht werden sollte, wird er also als ein wesentlich 'atheistischer' Plan gewertet werden müssen".

In der UdSSR "ist die Kirche vom Staat getrennt und die Schule von der Kirche. Der Gottesdienst ist frei, der private Religionsunterricht geduldet. Niemand wird um seiner religiösen Ueberzeugung oder seiner Glaubensausübung wegen verfolgt. An den grossen religiösen Feiertagen des gregorianischen Kalenders ruht die Arbeit". (Diese Behauptung dürfte sich daraus erklären, dass der Sonntag der UdSSR wieder ein arbeitsfreier Tag geworden ist und dass einige der Hauptfeiertage wie Ostern und Pfingsten auf einen Sonntag fallen, d.Red.). Die "den Kirchen in der UdSSR auferlegten Einschränkungen sind folgende: Die Gemeinden müssen der Munizipalität für die Benützung der Kirchen einen Mietzins bezahlen. Denjenigen, welche dieser Pflicht nicht nachkommen, kann das Benützungsrecht entzogen werden; solche Gemeinden müssen sich dann einer anderen anschliessen. Die auf diese Weise freiwerdenden Gebäude wandelt man in Clubs, Museen usw. um. Der Prozentsatz der einer anderen Benützung zugeführten kirchlichen Gebäude ist in den Städten grösser als auf dem flachen Lande... Das klösterliche Leben ist von Grund auf geändert. Sein Stand entspricht durchweg dem des Jesuiten in den Ländern, wo der Jesuitenorden aufgehoben ist... Im Umkreis von Moskau z.B. wohnen Nonnen, die neben der Ausübung der Frömmigkeit, als Handschuhmacherinnen, Strickerinnen usw. für die Genossenschaften tätig sind".

"Die Kommunistische Partei nimmt keine Mitglieder auf, die einem

religiösen Bekenntnis angehören. Das gilt aber nicht für die Beamten und Wehrmachtangehörigen aller Stufen, die keine Parteimitglieder sind; vielmehr ziehen die höheren Instanzen einschliesslich der Partei Leute zur Mitarbeit heran, die 'gläubig' sein können... Es gibt religiöse Gemeindeglieder, aber keine konfessionell bestimmte Presse".

Die antireligiöse Propaganda habe u.a. dazu geführt, "dass verschiedene Bekenntnisse sich einer Wesenserneuerung unterzogen haben". Es sei daher "schwer zu unterscheiden, inwieweit diese oder jene Erscheinung ein unmittelbares Ergebnis der antireligiösen Propaganda oder das Resultat einer freiwillig durchgeführten Reform darstellt". Ausser den mohammedanischen Gebieten, "wo die herkömmliche Sitte sich am stärksten und am reibungslosesten gewandelt hat, haben die verschiedenen Bekenntnisse auf die neuen Verhältnisse sehr verschieden reagiert. Die orthodoxe Kirche erlebte ein Schisma (Gründung der 'lebendigen Kirche', Bildung der sog. Antoniuskirche, die in besonderer Weise für die Bekehrung der Kommunisten betet, Loslösung nonkonformistischer Gruppen, welche an die schon vom alten Regime verfolgten Sekten der 'Bispopowzy' (Priesterlose) erinnern und sich aus Millionen früherer Anhänger der Orthodoxie zusammensetzen), wobei aber die grosse Masse der alten orthodoxen Kirche treu blieb". Was die katholische Kirche anbelangt, "so scheint die nationale und konfessionelle Ueberlieferung der UdSSR einer Ausweitung des Katholizismus entgegenzustehen, was jedoch keineswegs bedeutet, dass man den Einfluss des Vatikans in der Welt unterschätzt bzw. den Abschluss eines Konkordates ausschliesst. Die Protestanten, deren organisiertes Kirchenwesen hier aufs Ganze gesehen deutschen Ursprungs ist, müssen mit den gleichen Schwierigkeiten rechnen wie die katholische Kirche, deren Anhänger in der Hauptsache Polen sind".

In der Kommunistischen Partei der UdSSR und in deren Hilfsverbänden sei die Zahl der Mitglieder, die (wie Stalin in seiner Jugend, d.Red.) eine "religiöse Erziehung genossen haben bzw. aus religiös denkenden Familien (Altgläubige, vom alten Regime verfolgte Sekten) hervorgegangen sind", verhältnismässig gross.

Den gleichen Sowjetäusserungen zufolge stelle sich "die religiöse Frage in der UdSSR gegenwärtig viel einfacher und weniger pathetisch, als man im Auslande glauben möchte". Das Hauptproblem bestehe jetzt "in der Kritik des Bestehenden und nicht in einer Kritik dessen, was man glaubt oder wünscht". Immer wieder werde die Frage aufgeworfen, inwieweit sich das Sowjetregime entwickelt hat. "Von Anfang an war dieses Regime dazu entschlossen. Sein Programm ist Evolution und der schlimmste Vorwurf, den man in der Sowjetunion gegen eine Person oder eine Institution erheben kann, ist, dass sie sich nicht entwickle".

Abschliessend heisst es dann noch, dass "der durch das alte Regime aufgedrängte sog. religiöse Friede den sozialen Frieden nicht aufrechtzuerhalten vermocht habe, während umgekehrt in dem Masse, als der soziale Friede, der das wesentliche Ziel des Sowjetregimes wie überhaupt aller geordneten Macht darstellt, gesichert werden konnte, die religiöse Frage in der UdSSR an Schärfe verlor".

Nach diesem Bericht wird also ein sich anbahnendes Verständnis von Kirche und Staat als eine Folge der sozialen Entwicklung Sowjetrusslands einerseits und einer Selbstbescheidung der Kirche andererseits hingestellt. Einen diametral entgegengesetzten Standpunkt nimmt der schon oben genannte Artikel der "Basler Nachrichten" vom 8. April 1943 ein.

Reiner Propagandatrick,

das ist die These, die hier vertreten wird. Nach Darstellung der bolschewistischen Verfolgung zu Anfang des Regimes heisst es:

"Etwas Unerwartetes, Neues geschah nun tatsächlich bei Beginn der deutschen militärischen Invasion Russlands im Juni 1941. Die Deutschen setzten, in Kenntnis der religiösen Bedürfnisse der russischen Bevölkerung, sofort mit einer breitesten Aktion zugunsten der Wiederherstellung der kirchlichen Freiheit ein: feierlich wurden die geschlossenen und oft zu profanen Zwecken verwendeten Kirchen geöffnet, die prächtigen kultischen Zeremonien der orthodoxen Kirche neu organisiert und propagandistisch durch den Rundspruch übertragen... Der "Erfolg" war beträchtlich: das Bauernvolk hinter der russischen Front horchte auf, fasste Hoffnung und hing die versteckten Heiligenbilder statt der Porträts der kommunistischen Grössen wieder an die Wand. Was geschah nun? Mit einem Schlag hörte auf der Sowjetseite die gesamte antireligiöse Parteitätigkeit auf, die Gottlosenschriften und -vorträge verschwanden, die Gottlosenmuseen wurden geschlossen, der Rundspruch brachte gar religiöse Sendungen, der Nationalheilige Alexander Newsky kam plötzlich zu Ehren, ja der Kreml veranlasste öffentliche Gebete - und das Volk strömte in Massen herbei. Die Sowjetregierung besitzt psychologische Einfühlung, die propagandistische Auswirkung des deutschen "Kreuzzuges" fand geschickte Gegenspieler".

Von dem Buch "Die Wahrheit über die Religion in Russland" heisst es:

"Der Charakter des Buches kann nicht zweifelhaft sein: es handelt sich um Propaganda im Ausland. Wie gegenüber den eingangs erwähnten Publikationen, von denen Vizopräsident Wallace als dokumentarischen Unterlagen sprach, ist äusserste Vorsicht am Platz".

Und so schliesst der Artikel:

"Es ist über die Zustände in Sowjetrussland, auch auf kirchlichem Gebiet, manches Unzutreffende berichtet worden. Aber gegenüber vorciligen Schlussfolgerungen aus gewissen Publikationen muss festgehalten werden, dass, abgesehen von der geschilderten taktisch diktirten äusseren Haltung der Sowjets, sich an der traurigen Lage auch der orthodoxen Kirche in Russland nichts geändert hat, und dass von einer "endgültigen Wendung zum Bessern" für die christliche Religion, wie sie Vizopräsident Wallace als Beitrag und Voraussetzung zu den wünschbaren "christian bases of peace" anzunehmen dürfen hoffte, leider nicht die Rede sein kann".

Eine mittlere Lösung .

versucht W.J. in der "Neuen Zürcher Zeitung" (7.2.43). Er weist wohl mit Recht darauf hin, dass bereits vor dem Eintritt Russlands in den Krieg eine Annäherung von Kirche und Staat stattgefunden hat; dass von seiten der orthodoxen Kirche, mögen auch opportunistische Erwägungen mit im Spiel sein, es sich doch bei der Goldsammlung des Patriarchen Sergius "um ein aufrichtiges Solidaritätsbekenntnis gehandelt habe, mit dem der Sowjetregierung zu verstehen gegeben werden sollte, dass die Kirche sie nunmehr als eine wahrhaft nationale Regierung begrüsst und trotz den weltanschaulichen Gegensätzen es für ihre Pflicht betrachte, unter Stalins Führung am Kampf des russischen

Volkes gegen den äusseren Feind mitzuarbeiten". Ueberhaupt müsse man im Metropolit Sergius "nicht nur den Vertreter der engeren Kirchenkreise erblicken, sondern gleichsam den Wortführer des ganzen bisherigen oppositionellen Russlands, das den inneren Hader zu beenden wünscht und auch vom Sowjetregime erwartet, dass es zu einem solchen Friedensschluss im Innern bereit sei". Ein erstes Anzeichen dafür findet W.J. in der freundlichen Antwort Stalins an Sergius und schliesst seinen Beitrag mit den Worten:

"Dass die Sowjetmacht für alle künftige Verständigung die Anerkennung ihrer Legalität zur Voraussetzung macht, ist selbstverständlich, ob sie aber dafür in Russland wieder eine grössere Geistes- und Gewissensfreiheit zulassen wird, bleibt abzuwarten. Immerhin wird Stalin nach dem Kriege nicht nur auf die "vier Freiheiten" Roosevelts Rücksicht nehmen müssen, auch die patriotische Haltung des russischen Volkes im Kriege muss ihn dazu nötigen, der "Demokratie" in der Sowjetunion grösseren Spielraum zu gewähren, und es mag sein, dass er als vorausschauender Politiker die vaterländische Demonstration der Moskauer Kirche selbst angerogt hat, um künftige Konzessionen zu rechtfertigen. Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, aber ganz darf man die Möglichkeit auch nicht ausschliessen, dass Stalins Dank an den Metropoliten Sergius schon das Versprechen in sich enthält, die Ära der Unterdrückung der Geistesfreiheit in Russland zu beenden und sich mit allen für das Wohl Russlands arbeitenden Volkskreisen zu verständigen".

Um diese Frage zu entscheiden, müsste man einen genaueren Einblick in die andere Frage haben, wie weit heute noch das russische Volk religiös genannt werden kann und muss. Darüber wollen wir in der nächsten Nummer einige interessante Belege mitteilen.